

An die
Mitglieder
der
SPD-Landtagsfraktion

JOHANNE MODDER

Vorsitzende

Abgeordnete im Wahlkreis Leer / Borkum

Landtagsbüro

ANSCHRIFT Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4035

FAX 0511/3030-4811

E-MAIL johanne.modder@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

4. Mai 2016

Plenarbrief Mai 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor uns liegt ein zusätzlicher aber kurzer Plenarabschnitt, der durch den Wunsch der Opposition nach Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Thema „**Mögliche Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer Bedrohungen in Niedersachsen**“ (Drs. 17/5502) erforderlich geworden ist.

Untersuchungsgegenstand

Untersucht werden soll in dem einzusetzenden Ausschuss, welche Hinweise, Erkenntnisse und Informationen die Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung sowie die Bediensteten der Landesministerien und der nachgeordneten Landesbehörden

- über das Agieren der sogenannten Wolfsburger ISIS-/IS-Terrorzelle,
- über die gegenwärtig 15jährige Safia S. aus Hannover gegen die der Generalbundesanwalt nach Medienberichten wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ermittelt,
- über Verbindungen der Safia S. und ihres Bruders zu Ermittlungen im Zusammenhang mit der Absage des Fußballländerspieles in Hannover,
- über Ausreisen Angehöriger der islamistischen Szene nach Syrien und in den Irak
- sowie über im Internet abrufbare Videos und Texte mit islamistischem Gedankengut hatten.

Untersucht werden soll dabei auch, wie die Landesregierung und die nachgeordneten Behörden mit diesen Erkenntnissen umgingen, welche präventiven und gefahrenabwehrenden Maßnahmen sie ergriffen, um mögliche Straftaten und mögliche weitere Radikalisierungen zu verhindern und wann sie auf welcher rechtlichen und politischen Grundlage welche Entscheidungen diesbezüglich trafen.

Die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist ein Minderheitenrecht in unserer Verfassung. Dem Antrag der Opposition folgt die Einsetzung des Untersuchungsausschusses daher in jedem Fall. Aus diesen Gründen unterstützen wir die Opposition bei der Wahrung ihrer Rechte. Dies tun wir, auch wenn wir den Untersuchungsausschuss hier für das falsche Instrument halten.

Sonderausschuss als besseres Instrument

Wenn wir Erkenntnisse darüber erhalten wollen, ob es beim Schutz insbesondere von Kindern und Jugendlichen vor der Radikalisierung Veränderungsbedarf im Vorgehen staatlicher Stellen gibt, dann hätte es auch die Möglichkeit eines Sonderausschusses gegeben. Nach dem Vorbild des Ausschusses für die „Stärkung der Patientensicherheit und des Patientenschutzes“ hätten hier Handlungsempfehlungen für die Sicherheitsbehörden und Präventionsstellen erarbeitet werden können. Wir akzeptieren das Minderheitenrecht, werden aber auf eine sachliche und verantwortungsbewusste Arbeit im Untersuchungsausschuss Wert legen.

Untersuchungszeitraum

Die Opposition möchte bei einigen Untersuchungsgegenständen zeitlich erst ab dem 19.02.2013, also dem Tag der Regierungsübernahme durch Rot-Grün, untersuchen lassen. Wir sind der Überzeugung, dass ein Untersuchungsausschuss nur dann sinnvoll ist, wenn die Untersuchung mit dem **Beginn des Krieges in Syrien** im März 2011 beginnt. Wenn wir den Zusammenhang zwischen Salafismus, Ausreisen in jihadistische Gebiete, Wiedereinreisen, Anwerberversuchen und einer vermeintlichen Radikalisierung untersuchen wollen, müssen wir mit dem Beginn des Syrienkrieges ansetzen. Wenn wir Phänomene, Auswüchse und Gefahren des radikalen Islamismus auf den Grund gehen wollen, müssen wir beim Beginn des Syrienkrieges anfangen. Wenn der Landtag wirklich untersuchen möchte, wie Politik und Staat effektiver gegen die Gefahren des islamistischen Terrorismus vorgehen können, dann kann man dies nicht am Datum der Konstituierung des Nds. Landtages festmachen.

Die Beschlussempfehlung des Ältestenrats (Drs. 17/5639) sieht daher den Beginn des Syrienkriegs als Anknüpfungspunkt für die Untersuchung vor. Die Ablehnung unseres Vorschlags durch CDU und FDP im Ältestenrat ist nicht nachvollziehbar.

Zick-Zack-Kurs der Opposition

CDU und FDP haben im Landtag zunächst das Jahr 2013 als Beginn des Untersuchungszeitraumes vorgeschlagen und damit einen Antrag beim Landtag eingereicht. Die SPD-Landtagsfraktion hat gemeinsam mit dem Koalitionspartner im Rahmen einer Einigung zu einem gemeinsamen Änderungsantrag mit der Opposition deutlich gemacht, dass das Jahr 2013 ein willkürlich gewähltes Datum, das nicht in der Gefahr des Islamismus begründet ist. Daraufhin gab es eine zwischen allen vier Fraktionen vorläufige Einigung auf das Jahr 2011. Diese Einigung wurde von der CDU-Landtagsfraktion am Tag der Entscheidung zurückgenommen. Sie schlug ein weiteres willkürliches Datum vor - nämlich das Jahr 2012. Bereits nach der ersten Beratung im Plenum haben die Oppositionsfraktionen schließlich ihren ersten Änderungsantrag zurückgezogen und einen zweiten Entwurf am Donnerstag mit dem Datum 19.02.2013 eingereicht. Im Rahmen der beiden letzten Sitzungen des Ältestenrates haben die Oppositionsfraktionen ein erneutes Kompromissangebot unsererseits abgelehnt.

Beginn der Arbeit

Wann der Untersuchungsausschuss dann tatsächlich mit der Arbeit beginnen kann, ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar. Die Opposition hat ein umfangreiches Akteneinsichtsbegehren gestellt. Hier muss die Landesregierung erst die entsprechenden Akten zusammenstellen. Die Landtagsverwaltung kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen, wo und wie die vertraulichen Akten in den Räumlichkeiten des Landtags untergebracht werden können. Zusätzlich müssen Mitarbeiter, die mit den sensiblen Daten in Berührung kommen, eine umfangreiche Sicherheitsüberprüfung durchlaufen.

Aktuelle Stunde:

Auch in diesem Plenarabschnitt werden wir eine Aktuelle Stunde durchführen. Unsere Kultusministerin Frauke Heiligenstatt konnte in der letzten Woche die erfreuliche Entwicklung bei den Ganztagschulen verkünden. Fast 90 neue Ganztagschulen werden zum neuen Schuljahr ihre Arbeit aufnehmen. Damit gibt es in Niedersachsen mehr als 1700 Schulen mit einem Ganztagsangebot. Auf diese Entwicklung können wir stolz sein und werden diese Erfolge daher in unserer Aktuellen Stunde **„Zukunftsoffensive Bildung wirkt – das Land kommt voran: Mehr und bessere Ganztagschulen in Niedersachsen“** zum Thema im Landtag machen.

Ich freue mich auf einen kurzen aber intensiven Plenarabschnitt!

Herzliche Grüße

